

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 22.11.2010

Grundlagen der sozialdemokratischen Lateinamerikapolitik
Gemeinsame Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft: Lateinamerika und
Karibik als Partner für Deutschland und Europa

Sozialdemokratische Lateinamerika-Politik hat eine lange Tradition und steht für Ausgleich, Dialog und die Herausarbeitung gemeinsamer Interessen auf der Basis von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität.

Sie ist eng mit der Person Willy Brandts verbunden, der ein wichtiger Wegbereiter für den Dialog mit der Linken in Lateinamerika und der Karibik und deren Einbindung in die Sozialistische Internationale war. Sie begründet ein hohes Maß an Vertrauen und Ansehen, das darauf beruht, dass sozialdemokratische Grundsätze in Regierungsverantwortung umgesetzt und gelebt werden können. Wir stehen in dieser Tradition und suchen verstärkt den Dialog auch mit den neuen linken Kräften und sozialen Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik. Gerade in Lateinamerika und der Karibik richten sich nach wie vor hohe Erwartungen an die europäische und deutsche Sozialdemokratie.

Die politischen Umwälzungen der letzten Jahre und das Erstarren der linken Bewegungen und Parteien in der Region resultieren zu erheblichen Teilen aus dem gescheiterten neoliberalen Wirtschaftsmodell. Dieses hatte in Lateinamerika und der Karibik die weltweit größte Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Besitz weiter verschärft und viele Länder wirtschaftlich weit zurückgeworfen. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen ist es nunmehr in vielen Ländern der Region den neuen linken Regierungen dank einer sozial ausgerichteten Politik gelungen, große Erfolge im Kampf gegen wirtschaftlichen Niedergang und Abhängigkeit sowie gegen Armut und Hunger zu erzielen.

Die Herausforderungen an politische Gestaltung nehmen mit der Globalisierung von Märkten, Unternehmen, Finanzströmen, Kommunikationssystemen und dem Ausmaß ökologischer Katastrophen und Problemstellungen dramatisch zu. Wir wollen als deutsche und europäische Sozialdemokraten gemeinsam mit unseren Partnern in

Lateinamerika und der Karibik Antworten darauf finden.

Nur gemeinsam lassen sich durch systematisch aufzubauende internationale Kooperation Fortschritte bei den drängenden globalen Herausforderungen Friedenssicherung, Armutsbekämpfung, Reform der Vereinten Nationen, Abrüstung, Umwelt- und Klimaschutz erzielen, ebenso wie bei der Durchsetzung einer neuen Weltwirtschafts- und Finanzordnung mit mehr Gerechtigkeit, qualitativem Wachstum, sozialer Sicherheit und guter, existenzsichernder Arbeit für alle.

Wir suchen die internationale Kooperation, um auf sozialem und demokratischem Weg den Herausforderungen zu begegnen. Die SPD unterstützt deshalb den Dialog zwischen Europa und Lateinamerika und der Karibik sowie die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Lateinamerikas regionalen und subregionalen Integrations- und Kooperationsbündnissen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die formal erklärte strategische Partnerschaft zwischen beiden Weltregionen mit Leben erfüllt und der innereuropäische Dialog über unsere Beziehungen mit Lateinamerika intensiviert wird.

Diese Partnerschaft bezieht sich bewusst auf unterschiedliche und gemeinsame historische Erfahrungen und aktuelle Gegebenheiten, auf Besonderheiten beider Weltregionen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Wir übersehen dabei nicht, dass in dem halben Jahrtausend seit der Entdeckung des amerikanischen Kontinentes durch die Europäer Lateinamerika die längere Zeit, für die meisten der jetzigen Staaten 300 Jahre und mehr, von den brutalsten Formen des Kolonialismus, der Ausbeutung und Unterdrückung, Ausrottung und der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung geprägt war. Postkoloniale ökonomische Abhängigkeiten bestehen bis heute fort. Die Gesellschaften der einzelnen Staaten und der Region als Ganzes sind bis heute überwiegend von diesen Strukturen und den modernen Formen ökonomischer Machtverhältnisse unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung geprägt. Diese beginnen, sich nur zögerlich und widersprüchlich aufzulösen, auch weil die wirtschaftlich und politisch Starken im Zusammenspiel mit transnational agierenden Konzernen an die Macht- und Verteilungsstrukturen der kolonialen Phase zum Erhalt ihrer Privilegien nahtlos angeknüpft haben. Deshalb ist auch die menschenrechtliche Bilanz in vielen Staaten Lateinamerikas noch

unbefriedigend. Willkürliche Gewalt staatlicher und paramilitärischer Akteure, Ausschluss bzw. Diskriminierung ganzer Bevölkerungsteile hinsichtlich gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Partizipation sind in vielen Staaten Realität. Das gilt auch und besonders für die indigene Bevölkerung, der oft ihre Autonomie, ihr Recht auf Bildung sowie auf ihre eigene Kultur und Sprache verwehrt werden.

Der wesentliche Schlüssel progressiver Veränderung liegt heute in Lateinamerika und der Karibik selbst. Auch in diesem Punkt treffen sich nunmehr Einsichten und Interessen, die eine neue Phase interregionaler und globaler Beziehungen einläuten können.

Unser Signal: Wir wollen uns voneinander lernend mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik gemeinsam weiterentwickeln und partnerschaftlich die Zukunft gestalten.

Zwischen Europa und Lateinamerika bestehen zahlreiche Übereinstimmungen bei den politischen und kulturellen Werten, Überzeugungen und Interessen. Paradoxe Weise ist es gerade das Fehlen gegenseitiger Bedrohungen und mit anderen Weltregionen vergleichbarer zugespitzter Konflikte, welches das europäische Interesse an Lateinamerika oberflächlich gesehen zurückdrängt. Alles in allem besteht ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten, die eine verlässliche Partnerschaft bei der Durchsetzung globaler Ziele begründen. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen:

1. Partnerschaft für ein leistungsfähiges System von Global Governance

Europäisch-lateinamerikanische Initiativen können der Politikgestaltung auf multilateraler Ebene neue Legitimität und neuen Schub verleihen. Die hohe Übereinstimmung unserer Ziele in den Bereichen kollektive Friedens- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz wollen wir dafür stärker nutzen. Auf institutioneller Ebene wollen wir gemeinsam eine Reform der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats weiterverfolgen.

Die SPD befürwortet eine stärkere Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure in den Strukturen der Global Governance. So lässt sich ein Mehr an Demokratie und Partizipation in internationalen Prozessen herstellen. Die bestehenden intensiven Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften Europas und Lateinamerikas und der

Karibik müssen stärker genutzt werden, um zwischenstaatlichen Initiativen wichtige Impulse zu liefern.

2. Partnerschaft bei Abrüstung und Nichtverbreitung

Lateinamerika und die Karibik gelten gegenwärtig als eine der friedlichsten und am wenigsten militarisierten Weltregionen mit relativ wenigen zwischenstaatlichen Konflikten. Die Staaten der Region sind bisher frei von ABC-Waffen und Trägersystemen, fast alle haben die Verträge über Abrüstung und Nichtverbreitung unterzeichnet. Bereits 1967 hat die Region mit dem Vertrag von Tlatelolco weltweit die erste atomwaffenfreie Zone geschaffen. Seit den Redemokratisierungsprozessen der 1980er Jahre gibt es zahlreiche bi- und multilaterale Initiativen zur Transparenz bei Rüstungsausgaben und Verteidigungspolitiken. Die Gründung des Südamerikanischen Verteidigungsrates im Jahre 2009 war ein wichtiger Schritt zur sicherheitspolitischen Integration in der Region.

Ansätze einer neuen institutionalisierten multilateralen Sicherheitsarchitektur sind weiterzuentwickeln zu einem progressiven regionalen Sicherheitskonzept, das eine friedliche Konfliktlösung in der Region fördert und zur Stabilisierung der schwachen Staaten in der Region beiträgt. Spannungen, die durch eine Verschiebung der geopolitischen Machtgewichte in der Region und konkurrierende Konzepte einer regionalen Integration entstehen könnten, soll durch Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen vorgebeugt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Lateinamerika und die Karibik atomwaffenfreie Zone bleiben und dass die in den letzten Jahren zu beobachtenden Erhöhungen der Verteidigungsausgaben nicht zu einem Wettrüsten in der Region führen. Wir wollen die dortigen Erfahrungen auch für andere Weltregionen nutzen, um die Politik der Abrüstung und internationalen Zusammenarbeit im Sinne einer neuen Entspannungspolitik energisch voranzutreiben. Wir treten für einen Dialog mit dem Südamerikanischen Verteidigungsrat und anderen Partnern in der Region ein, um neue Abrüstungsinitiativen auf den Weg zu bringen.

3. Partnerschaft für eine gerechte Weltordnung und ein globales Sozialmodell

Der Weg zu einem gerechten und nicht-diskriminierenden Handels- und Finanzsystem ist weit. Für uns ist der weltweite, im Konsens vereinbarte, schrittweise Abbau von Handelsbarrieren, von wettbewerbsverzerrenden internen Stützungen sowie den verschiedenen Formen von Exportsubventionen, wie

beispielsweise im Agrarsektor, bei Atomkraftwerken und Rüstungsprodukten, unverzichtbar. So darf es beispielsweise für Atomkraftwerke keine Hermesbürgschaften geben. Soziale und ökologische Mindeststandards wie die ILO Kernarbeitsnormen müssen verbindlich in das Regelwerk der WTO aufgenommen werden. Im beiderseitigen Verhältnis betrachten wir sie schon jetzt als Maßstab. Allen Ländern muss eine faire Teilhabe am Welthandel ermöglicht werden, auch durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen und Produktivitätsniveaus. Wir wollen keine Arbeitsteilung, die ganze Staaten und Weltregionen zu Rohstoff- und Humankapitallieferanten degradiert. Lateinamerika weist eine lange Geschichte von Extraktion und Ausbeutung auf, die sich fortsetzen wird, wenn es keine gezielte Strategie zum weiteren Aufbau eigener industrieller Kapazitäten geben sollte. Angemessene Schutzmöglichkeiten für Ernährungssicherheit, natürliche Besonderheiten und für die im Aufbau befindlichen Dienstleistungs- und Industriezweige sind zu gewährleisten. Die Länder Lateinamerikas und der Karibik spielen eine entscheidende Rolle für die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

In beiden Weltregionen – wenn auch vor unterschiedlichem Hintergrund – stellt die Globalisierung der Märkte die nationale und regionale Wachstums-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik vor erhebliche Herausforderungen. Angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise müssen den neoliberalen Irrungen der Vergangenheit nachhaltige, soziale und weltweit tragfähige Alternativen entgegengestellt werden. Es gilt, das Verhältnis von Markt und Staat, Wachstum und Ökologie neu zu justieren. Dabei spielt die Frage der Verteilungsgerechtigkeit eine zentrale Rolle. Die SPD sucht mit den progressiven Kräften Lateinamerikas und der Karibik den Dialog für eine Wirtschaftspolitik, die Gesamtzusammenhänge in den Blick nimmt und in angemessenen Arbeitsbedingungen nicht nur Kosten, sondern auch die Grundlage dauerhafter gesellschaftlicher Weiterentwicklung sieht. Gemeinsam mit unseren gewerkschaftlichen Partnern setzen wir uns für gute, menschenwürdige Arbeit ein, die regulär und fair bezahlt ist, binnenwirtschaftlichen Wohlstand ermöglicht und soziale Sicherheit gewährleistet. Die SPD steht zu der internationalen Verpflichtung Deutschlands – auch und gerade in Krisenzeiten –, die Ausgaben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen bis 2015 auf 0,7 Prozent zu steigern. Bereits 2010 sollte das Zwischenziel von 0,51 Prozent

erreicht werden. Darüber hinaus fordern wir eine weitere Entschuldung und die Erschließung weiterer Finanzierungsquellen. Ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten und einer künftigen Finanztransaktionssteuer soll für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit muss die Eigenverantwortlichkeit der Partner stärken. Die Anstrengungen der Regierungen der Region bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 müssen weiter unterstützt werden. Das Zwischenziel der Halbierung der extremen Armut darf nicht aufgegeben werden. In den noch immer vom Ausschluss sozialer Gruppen, der Benachteiligung von Frauen, indigenen Gruppen und von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaften sehen wir eine große Herausforderung, der wir mit gezielten Förder- und Sozialprogrammen gemeinsam begegnen werden. Erfolg bei der Armutsbekämpfung wird sich letztlich erst dann einstellen, wenn sie auch Priorität im Handeln der jeweiligen Regierungen genießt. Insbesondere die Eliten und Wohlhabenden müssen durch eine stärkere Besteuerung zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge herangezogen werden. Der politische Wandel hin zu neuen politischen linken Mehrheiten hat die Chancen hierfür deutlich erhöht und zeigt erste Erfolge. Allerdings bedarf es für nachhaltige Verbesserungen einer Verstetigung von Politikansätzen, die auf Umverteilung, Bildung, Sozialstaatlichkeit, die Stärkung von Arbeitnehmerrechten, Mitbestimmung und Erwerbsbeteiligung im formellen Sektor zielen. Deshalb sehen Sozialdemokraten Gewerkschaften und soziale Bewegungen als wichtige Partner einer strategischen Zusammenarbeit.

4. Partnerschaft für Stabilität der internationalen Finanzmärkte und Sicherung der finanziellen Basis der Staaten und ihrer ökonomischen und sozialen Handlungsfähigkeit

Wir brauchen weltweit neue Spielregeln für die Finanzmärkte, die eine Wiederholung von Krisen in Zukunft unmöglich machen. Für das Ziel, stabile und funktionsfähige Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln und zu erhalten und die Finanzmärkte auf ihre dienende Aufgabe zu verpflichten, braucht es stabile und demokratisch verfasste Partnerschaften. Aufgrund ihrer Erfahrungen aus den Finanzkrisen und deren Bewältigung sind die lateinamerikanischen Staaten wichtige Verbündete.

Gemeinsam wollen wir internationale, regionale und nationale Maßnahmen durchsetzen, um den Casino-Kapitalismus zu überwinden, Spekulation zu begrenzen, mehr Kapital in realwirtschaftliche Investitionen zu lenken sowie Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds stärker zu regulieren und die Finanzmarktaufsicht zu verschärfen. Um die enormen Kosten der Krisen dort zu refinanzieren, wo die Spekulation sie massiv verschärfte und jederzeit wieder zu verschärfen droht, bedarf es der Einführung einer weltweiten allgemeinen Finanztransaktionssteuer. Lateinamerika und die EU brauchen zu deren Einführung nicht auf andere zu warten, sondern können sie in ihrem Bereich bereits durchsetzen.

Die Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank muss weiter vorangetrieben werden. Ihre Strukturen und die Verteilung der Stimmrechte müssen die Bedeutung und die Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer stärker widerspiegeln.

Ohne stabile finanzielle Grundlagen werden Staaten, Volkswirtschaften und ganze Gesellschaften zum Spielball global agierender Finanzakteure, die sich die jeweils günstigsten „Standorte“ für maximale Kapitalverwertung suchen. Löhne, Sozialleistungen und Steuern gelten dabei als Wettbewerbsnachteile. Deshalb müssen wir durch international abgestimmtes Vorgehen die Einnahmehasis der Staaten und ihrer Gebietskörperschaften und Sozialsysteme sichern.

Konkrete Schritte – auch im Zuge einer Bekämpfung von Dumpingprozessen bei der Kapitalbesteuerung – sind Mindeststeuersätze, eine Harmonisierung der Besteuerungsgrundlagen und die Schließung aller Schlupflöcher und Steueroasen. Dazu gehören Kapitalverkehrskontrollen, um Kapitalströme transparent zu machen und illegale Praktiken zu unterbinden.

5. Partnerschaft für nachhaltige Klima- und Umweltpolitik und erneuerbare Energien

Umwelt- und Klimaschutz sowie Armutsbekämpfung sind untrennbar miteinander verwoben. Die SPD setzt sich dafür ein, Armutsbekämpfung zu einem integralen Bestandteil globaler Klimapolitik zu machen, indem soziale Komponenten in die Weiterentwicklung von CDM (Clean Development Mechanism) und in den Emissionshandel integriert werden. Wir fordern zudem die Einrichtung eines „Globalen Forums für Energie und Nachhaltige Entwicklung“.

Der Abschluss eines globalen Klimaabkommens wird nur in gleichberechtigter Partnerschaft mit Schwellen- und Entwicklungsländern in Lateinamerika und weltweit möglich sein. Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland hängt von der Bereitschaft ab, alle im Kopenhagen-Accord konkretisierten Punkte selbst umzusetzen sowie für ihre Umsetzung bei den europäischen Partnern intensiv zu werben. Dies gilt insbesondere für die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels sowie der getroffenen Finanzierungszusagen - zusätzlich zu den bis 2015 für die Armutsbekämpfung vorgesehenen 0,7% des BIP. Eine Umwidmung bereits zugesagter Entwicklungshilfegelder lehnt die SPD als Wortbruch strikt ab. Mit der Einrichtung eines Globalen Klimafonds und eines Globalen Emissionshandelssystems generieren wir zusätzliche finanzielle Mittel zur Emissionsminderung und Anpassung. Innovative Initiativen wie der ecuadorianische Vorschlag, auf Erdölförderung zu Lasten der Biodiversität des Yasuni Regenwaldes zu verzichten, sind zu begrüßen und zu unterstützen, auch mit finanziellen Beiträgen aus Deutschland und der EU.

Energiekooperationen und eine grüne Weiterentwicklung der Wirtschaft können ebenso wie wirksamer Klimaschutz nicht auf nationalstaatlicher oder europäischer Ebene realisiert werden. Nötig ist eine globale Kooperation, die Lateinamerika als wichtigen und besonderen Partner bei der praktischen Umsetzung erkennt. Die SPD macht sich deshalb für massive Investitionen und Technologietransfer dorthin stark, um Vertrauen zu gewinnen, dem Kapitalmangel als Haupthindernis bei der Umstrukturierung effizienter Energiesystem zu begegnen und die Bundesrepublik und die EU als Technologiepartner zu stärken. Die Zusammenarbeit bei der Einsparung von Energie, der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Aus- und Weiterbildung im Bereich Grüner Jobs muss intensiviert werden. Der wachsende Anbau von Biokraftstoffen in Lateinamerika darf allerdings nicht zu Lasten der Biodiversität und Ernährungssicherheit gehen.

6. Gemeinsame Anstrengungen für transnationale „innere“ Sicherheit

Drogen- und Menschenhandel, organisierte Kriminalität und illegale Kapitaltransaktionen destabilisieren ganze Staaten, korrumpieren Politik, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft und lassen auch Lateinamerika und die Karibik verarmen. Der bisherige „Krieg gegen die Drogen“, forciert von der US-

Administration, ist nicht nur gescheitert, sondern hat die Problemlagen verschärft, weil er einseitig auf gewaltsame und militärische Konzepte gesetzt hat. Sie haben sich nur auf die Bekämpfung von Symptomen und Wirkungen an der Oberfläche gerichtet, nicht auf die Ursachen. Zunächst ist es erforderlich, auch diese Probleme als **gemeinsame** Probleme von Süd **und** Nord, von Lateinamerika **und** Europa, von Angebot **und** Nachfrage zu erkennen.

Nur ein gemeinsames Vorgehen der von Produktion, Verarbeitung, Handel und Verbrauch betroffenen Staaten kann letztlich die Strukturen und Triebkräfte dieser Formen von Kriminalität wirksam bekämpfen. Gewalt und Repression sind auf mutigen neuen Wegen abzulösen, zu denen beispielsweise Kapitalverkehrskontrollen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Ermittlung von nachfrageseitigen Zahlungsströmen sowie gleichzeitig von Steuerhinterziehung gehören. Die EU und Deutschland können hier in ihrer Zusammenarbeit eine Vorbild- und Schrittmacherrolle spielen.

7. Partnerschaft bei regionaler Integration und Zusammenarbeit

Um die formal bestehende strategische Partnerschaft zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik mit Leben zu erfüllen, bedarf es über den alle zwei Jahre stattfindenden EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel hinaus der kontinuierlichen Zusammenarbeit auf ausgewählten Feldern zwischen beiden Regionen. Die EU muss auch regelmäßig für sich ihre Interessen und Ziele gegenüber Lateinamerika definieren, so wie dies entsprechend in Lateinamerika geschehen muss. Wir wollen den Dialog mit und über Lateinamerika intensivieren, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen und unsere Erfahrungen in der regionalen Integration gegenseitig nutzen.

Gemeinsame Lösungen bedürfen der Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Problemstellungen. Ob Ungleichheit, Wirtschaftskrise oder Klima: Bei allen Unterschieden in der Ausprägung spiegeln sich die Grundprobleme Europas und Lateinamerikas wider. Das muss sich auch in den Formen und Institutionen der Zusammenarbeit ausdrücken.

Die SPD unterstützt die Bemühungen zur Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf zahlreichen Ebenen sowie zur Schaffung effektiver Regionalorganisationen in Lateinamerika und der Karibik. Wir begrüßen die 2008 erfolgte Gründung der Union Südamerikanischer Nationen UNASUR und die in

naher Zukunft geplante Schaffung einer Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten und treten für einen Dialog mit diesen Institutionen ein. Wir befürworten den raschen Abschluss von Kooperations- und Assoziierungsabkommen mit dem MERCOSUR, der Andengemeinschaft (CAN) und der zentralamerikanischen SICA ein. Mit einem Abkommen zwischen MERCOSUR und EU würde eine Form wirtschaftlicher und politischer Kooperation zwischen zwei maßgeblichen Weltregionen entstehen, die wirtschaftliches Wachstum und eine verbesserte Wettbewerbssituation zur Folge hätte. Vor allem wäre es aber ein zukunftsweisendes Modell gleichberechtigter Partnerschaft und nachhaltiger Entwicklung, mit dem beide Regionen Handelsbeziehungen und Handelsliberalisierung in den Kontext gemeinsamer politischer, sozialer und ökologischer Ziele stellen. Die SPD setzt sich dafür ein, die seit mehr als zehn Jahren laufenden Verhandlungen endlich erfolgreich abzuschließen. Wir treten zudem dafür ein, das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen EU und CARIFORUM in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der bestehenden Asymmetrien zwischen beiden Regionen umzusetzen. Biregionale Abkommen müssen sozial und ökologisch ausgewogen sein und verbindliche Mindeststandards wie die ILO Kernarbeitsnormen enthalten. So können sie zu einer kohärenten Zusammenarbeit in der Handels-, Entwicklungs- und Umweltpolitik führen.

In der Handelspolitik setzen wir uns – solange und soweit die von uns bevorzugt angestrebten weltweiten Abkommen nicht bestehen – für regionale anstatt bilaterale Abkommen, bevorzugt mit allen Staaten der Region, ein, um regionale Disparitäten und Ungleichgewichte zwischen den Partnern zu minimieren.

8. Partnerschaft zur Stärkung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechten

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ein handlungsfähiger Staat und eine selbstbewusste Zivilgesellschaft sind unabdingbar für gerechte und friedliche Gesellschaften. Die Zustimmung zur Demokratie in Lateinamerika und der Karibik kann auf Dauer nur bewahrt werden, wenn die Politik den Menschen eine Perspektive zur Überwindung der krassen sozialen Ungleichheiten und Verwerfungen bietet. Wir wollen die Verwirklichung sozialer Demokratie in Lateinamerika und der Karibik partnerschaftlich unterstützen. Dazu bedarf es auch demokratisch verfasster, stabiler Parteien und selbständiger, demokratisch

aufgebauter und rechtlich abgesicherter Gewerkschaften. Für die deutsche Sozialdemokratie ist daher die Zusammenarbeit mit progressiven Parteien und den Gewerkschaften in Lateinamerika und der Karibik in inhaltlichen und organisationspolitischen Fragen ein direkter Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen und der Tatsache Rechnung tragen, dass aufgrund des Versagens traditioneller Eliten und der weitgehenden Marginalisierung althergebrachter Parteistrukturen – auch im sozialdemokratischen Spektrum – neue Bewegungen und Bündnisse entstanden sind, die oftmals die bestimmenden Träger fortschrittlicher Ideen, Programme und Regierungen sind. Auch mit ihnen suchen wir den konstruktiven Dialog.

Wir unterstützen jene Staaten und Organisationen, die Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Diktaturen aufarbeiten. Wahrheitsfindung und Aufarbeitung sollen nicht nur dem Vergessen und Verdrängen entgegenwirken, sondern der Versöhnung und Prävention dienen. Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger/innen spielen bei solchen wie anderen Menschenrechtsfragen eine wichtige Rolle, die wir stärken wollen.

Der Interamerikanische Gerichtshof und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte sind zwei wesentliche Organe der OAS und haben den Schutz und die Förderung der Menschenrechte zum Ziel. Durch ihre Rechtsprechung und ihre Aktivitäten konnten in der Region wichtige Fortschritte erreicht werden, insbesondere bei der Entschädigung von Opfern oder der Freilassung willkürlich Verhafteter. Die Förderung der Menschenrechte in Lateinamerika und in der Karibik wollen wir auch durch die Stärkung dieser beiden Organe voranbringen.

9. Partnerschaft in Kultur und Wissenschaft

Kultur ist Grundlage von Dialog. Die einzigartigen kulturellen Beziehungen zwischen beiden Regionen stellen die Grundlage für die Zusammenarbeit in allen Bereichen dar. Wir wollen die kulturelle und bildungspolitische Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik gezielt ausbauen, denn erst durch Bildung und kulturelle Auseinandersetzung wird wirkliche Teilhabe möglich. Gerade in der globalisierten Wissensgesellschaft muss die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Technologie weiter vorangebracht werden, um gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel zu gestalten. Unser Ziel ist es,

einen gemeinsamen Hochschul- und Wissenschaftsraum zu schaffen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für gerechte und soziale Politik in Europa, in Lateinamerika und weltweit ein. Das Konzept regionaler Partnerschaften ist ein wichtiger Baustein einer neuen Außenpolitik in einer multipolaren Welt. Eine Außenpolitik, die sich als Fortsetzung oder verlängerter Arm der Außenhandelspolitik versteht und damit nur die von reinen Profitinteressen getriebene Standortkonkurrenz nach ihrem Scheitern in der jüngsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf eine neue Ebene hieven will, lehnen wir vehement ab.

Das derzeitige Staaten- und Wirtschaftssystem bedarf tiefgreifender Veränderungen. Wer die Interessen der Menschen und ihre gemeinsamen Ziele über angebliche Sachzwänge stellen will, braucht das bewusste Handeln von Menschen. Voraussetzung dafür ist der Dialog untereinander, der Menschen und ihrer Organisationen, seien es zivilgesellschaftliche Organisationen aller Art , Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen, private Partnerschaftsinitiativen, unternehmerische Wirtschaft, Verbände und Parlamente, aber auch Regierungen. Um die Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik mit Leben zu füllen, brauchen wir ein tragfähiges und langfristiges Bündnis zwischen beiden Regionen, das innerhalb der europäischen und lateinamerikanischen Gesellschaften getragen wird. Der von uns angestrebte Dialog ist ein wesentlicher Teil dieses Weges. Nur möglichst viele Menschen, die einen solchen Dialog führen und ein solches Bündnis tragen, werden gemeinsam die Zukunft gestalten. Die Demokratie wird nur weiterbestehen und sich weiterentwickeln, wenn sie sich selbst als sozial, nachhaltig und international und solidarisch versteht und entsprechend handelt. Wir SozialdemokratInnen wollen dazu beitragen und suchen MitstreiterInnen auf diesem Weg.